



Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands — Opposition.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, oder per Post durch Karl Baetke, Berlin-Charlottenburg, Kanstr. 98. April 1928. Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 117 149. Karl Baetke, Bln.-Charlottenburg, Kanstr. 98. Erscheint vorläufig monatlich einmal. Inserate werden nicht angenommen. Eingesandte Artikel werden nicht honoriert.

Der Parteitag der KAPD. und seine Beschlüsse zur Differenzfrage.

Schließt die Reihen!

Der Parteitag der KAPD. und seine Beschlüsse zur Differenzfrage. Auszug aus den Thesen des GHA. Die Stellung der Partei. Zu den Werkzeugen, die in der letzten Phase des Kampfes...

Schließt die Reihen! Ein gelüftetes Wort von Karl Liebknecht. Viele Proletarier sprechen es aus, ohne sich der ganzen Tragweite dieses Wortes bewusst zu sein...

Schließt die Reihen! In tödlicher Isolation hielt sie jahrelang aus. Viele, bald allzuviel guter Kämpfer gingen dahin, wurden gemordet, in die demokratischen Zuchthaus-Höhlen gesperrt...

Die Lage in der Partei. Aus der antiparlamentarischen Einstellung der KAPD. ergeben sich ihre Lösungen und Aufgaben. Ebenso die Stellung...

Schließt erneut die Reihen! Die Wiedergeburt der revolutionären Arbeiterbewegung darstellt. Gegen eine Welt von Feldern, verlicht, bekämpft...

Schließt erneut die Reihen! Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands — Opposition. Alle Genossen aber, die während des Kampfes beiseite traten...

Der Weg zur Macht. Die Auseinandersetzung um den Fall Schwarz begann in einer Situation, wo die Partei, eben erst im Begriff war...

Schließt erneut die Reihen! Die Wiedergeburt der revolutionären Arbeiterbewegung darstellt. Gegen eine Welt von Feldern, verlicht, bekämpft...

Schließt erneut die Reihen! Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands — Opposition. Alle Genossen aber, die während des Kampfes beiseite traten...

Der Weg zur Macht. Die Auseinandersetzung um den Fall Schwarz begann in einer Situation, wo die Partei, eben erst im Begriff war...

Schließt erneut die Reihen! Die Wiedergeburt der revolutionären Arbeiterbewegung darstellt. Gegen eine Welt von Feldern, verlicht, bekämpft...

Schließt erneut die Reihen! Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands — Opposition. Alle Genossen aber, die während des Kampfes beiseite traten...

Reproduzieren wir die damaligen Vorgänge, so spielte sich die Angelegenheit folgendermaßen ab: Schwarz war unruhig...

Nach dieser Darstellung der Vorgänge, für deren Echtheit wir uns verbürgen, und die übrigens durch die Thesen selbst bestätigt wird...

Einen geschickten Schachzug hat der GHA gemacht, indem er einen ganzen Abschnitt der Hamburger Entscheidung...

Mit dem Punkt der GHA-Thesen, der davon spricht, daß der Parteitag nicht die Aufgabe hat, das Prestige einiger Genossen zu retten...

Wappern wir sie daher für die Zukunft durch eine ernsthafte gemeinsame Diskussion, und wir leisten ihr und damit der revolutionären Bewegung den größten Dienst.

Mit dieser Auffassung, mit dem ehrlichen Willen der Wiederherstellung der unerlösten Partei...

Auf dem Parteitag lastet die schwere Verantwortung vor der Geschichte. Er wird zu prüfen haben, ob er es verantworten kann...

„Das Biebschild“

Rosa Luxemburg überschrieb so einen Spartakusbrief während des Krieges. In demselben geißelte sie in meisterhafter Art die Gewerkschaftsbürokratie...

Während die herrschende Klasse des Altersums die Sklaveneigen und Henker selbst bezahlen mußte, so hat dieses in erster Linie der deutsche Arbeiter selbst durch die Mitgliederbeiträge...

Die Nr. 3 der „Klassenfront“ 2. Jahrgang nahm Stellung zum Streik bei der Firma Hartung, Moabit. Dort ist die Belegschaft auf 100 Proz. freigelegt...

Neue „Erfolge“ der Gewerkschaftsberoberung.

Seit 1920 kämpft die KPD, um die Gewerkschaften zu „revolutionieren“, versucht sie, die Belegschaft mit ihren Genossen an Stelle der Sozialdemokraten zu besetzen...

Der antigerwerkschaftlichen Stimmung der Proletariat, die in Massen die „freien“ Gewerkschaften verließen. Rechnung tragend rief die KPD neue „revolutionäre“ Verbände ins Leben...

Schlecht entlohnt wird aber diese Anreizrolle der KPD; denn sowohl der Versuch gemacht wird, einen Entgelt für den ungeheuren Stimmzuwachs...

Ein großes Wahlkriterium ist die „Einheit“ der Gewerkschaften ist jetzt wieder im Moskauer Blätterwald ausprobiert...

Auch im Metallarbeiterverband herrscht Belagerungszustand. In Remscheid ist wieder mal der DMV „erobert“ worden...

Diese neuen Beispiele für die Unmöglichkeit, diese „Kampforientierungen“, welche die Arbeiter durch Schiedsrichterverfahren zu „erobert“, müssen ihnen den denkenden KPD-Arbeiter...

Öffentlicher Diskussionsabend

In Fürstawaal. am Sonntagabend, den 31. März 1928, abends 19 (7) Uhr, im Restaurant „Wellstrasse“, Windmühlensiedlung.

Sie werden radikal!

Wenn man das Reptil der Arbeiterbewegung, den „Vorwärts“ zur Hand nimmt, weiß man nicht, worüber man mehrheitlich lesen soll...

Das ist der Gipfelpunkt der Gemeinheit! Ein noch plumperes Spekulieren auf die Denkmälichkeit und Stupidität der Leser ist nicht mehr möglich...

Der „Vorwärts“ spricht vom kapitalistischen Staat! (seit wann dieser Top; bislang war es nur soziale Republik und Volkssstaat)...

Ebensowenig wissenschaftliche machte der SPD, ihr Reichspräsidentenwahlkämpfer Marx, den sie mit allen Kräften zum Vater ihrer „sozialen Republik“ machte...

Man zitiert in diesem Artikel den Pazifisten und Kirchenzeiger Otto Lehmann-Rühlildt, der in der „Weltbühne“ Nr. 8 einen Aufsatz über das Thema „Kirchenaustritt gegen Reichsschwarz“ geschrieben hat.

Nachdem man diesen Pazifisten über die Aufgaben der Kirche sprechen läßt, zieht man folgendes Fazit: Es gibt in Deutschland 1,5 Millionen Konfessionslose...

Über die Sache des „Einheits“-Verbandes der Arbeiter, welche noch Kirchenmitglieder sind und jährlich eine Kirchensteuer von 27 Millionen Reichsmark aufbringen...

„Für die Zukunft hat Lehmann-Rühlildt wenig Hoffnung darauf, daß etwa die Arbeiterführer die Parole des Massenaustritts aus der Kirche ausgeben werden, und er beurteilt die Idee offenbar nicht ganz unrecht“...

Die praktische Anwendung des Parlamentarismus und seine Erfolge konnten den bürgerlichen Ursprung und Inhalt und damit den reaktionären „Lustknopf“ für die Arbeiterklasse wohl...

GGG. als Scharfmacher.

Die Proletariat in den Konsumvereinen glauben, daß sie mit Hilfe des Genossenschaftswesens ein Stück praktischer Arbeit leisten...

Organisations-Kalender.

- 1./5. Unterbezirk: Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat Sitzung im Lokal Gessat, Grandenzstr. 3. 2. Unterbezirk: Jeden 1. und 3. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Godesberger, 5. 3. Unterbezirk: Jeden 1. und 3. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Frinzel, Relaiskondorstr. 42. 4./18. Unterbezirk: Jeden 1. und 3. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Paris, Hietlandstr. 32. 7. Unterbezirk: Jeden 1. u. 3. Sonntag im Monat Sitzung im Lokal Westphal, Schloßstr. 36.

Für den Pressefonds des „KA“.

Gen. Haese, 3. U.-B. 0,90 Mk. Herausgeber: Hermann Beyer, Berlin N. 39. Druck: C. Janiszewski, Berlin SO. 36.

verpflichtet, alle Genossen in diesem Sinne nach besten Kräften innerhalb der Allgemeinen Arbeiter-Union zu wirken. Die Partei sagt allen sogenannten linken Strömungen im Proletariat, die Wirtschaftskämpfe im Gegensatz zum Klassenkampf stellen, als Saboteure der Revolution unbewußtlichen Krieg an. Sie bekämpft die unhistorische, fatalistische Auffassung, die von gesellschaftlicher Entwicklung als blinder Notwendigkeit außerhalb menschlicher Betätigung spricht und will dafür wirken, daß die Proletarier aus der Praxis des Kampfes auf die politischen Zusammenhänge ihrer Lebensinteressen stoßen, wo allein die Notwendigkeit der Revolution bewußt werden kann. Die jeweiligen Anknüpfungspunkte dieser Tätigkeit können nur außerhalb der bürgerlichen Gesetzlichkeit liegen, so daß gewerkschaftliche oder parlamentarische Bindungen unter keiner Voraussetzung und in keiner Form in Betracht kommen.

Indem der Parteitag die realen Möglichkeiten zur Liquidierung der Opposition ins Auge faßt, ist er nicht nur verpflichtet, zur Wachsamkeit gegen Opportunismus zu rufen, sondern muß auch die Frage nach der politischen Grundlage der Opposition stellen. Wichtig dafür ist die Tatsache, daß die Opposition wohl eine jede Beschränkung gegen die Politik der Körperschaften gekämpft hat, daß sie aber nirgends der Essener Richtung entgegengetreten ist, die aus den gegenwärtigen Differenzen die Richtigkeit ihrer Auffassung ableiten will. Indem der Parteitag seinen Standpunkt über die Lage in der Partei zusammenfaßt, gibt er allen ehrlichen Revolutionären Gelegenheit, in der Reihen der Organisation zurückzukehren. Die Voraussetzung besteht in der Liquidierung jeglicher Fraktionsarbeit und restloser Wahrung der Parteidisziplin. Eine Verhandlung zwischen Kontrahenten lehnt er prinzipiell ab.

Nur so kann die Partei zu einer ideologischen Einheit kommen, die zur revolutionären Praxis unbedingt notwendig ist.

#### Zur Frage der Politik gegenüber der E. L. Antrag Berlin:

Die Partei versuchte zum ersten Male auf konstruktivem Wege, Teile von Arbeitern mit parlamentarischen Traditionen anzugliedern. Es erwies sich jedoch, daß die Partei nicht stark genug war, diese Aufgabe, die das Prinzip nicht verletzte, bis zu Ende durchzuführen. Die Partei erklärt, daß der Fall Schwarz nur ein Glied in der Kette dieser Politik war.

Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß dieser Versuch die Partei so stark belastete, daß die Gefahr eines organisatorischen Zusammenbruchs und politischer Verwirrung in greifbarer Nähe gerückt war.

Der Parteitag erklärt, daß fraktionelle Angliederung und eine Verstärkung der Partei auf diesem Wege für die Zukunft nicht in Frage kommt.

#### Die Partei und die Opposition.

##### Antrag Ruhrgebiet:

Der Parteitag spricht offen aus, daß die Kommunistische Arbeiterpartei eine revolutionäre Partei ist, die dem gesamten Proletariat als Beispiel keitiger Klarheit und selbstgewollter revolutionärer Disziplin von unten auf vorzugehen muß.

Der Parteitag erklärt, daß durch leichtsinniges Zerbrechen der Partei in taktischen Fragen, wie dies bei der Opposition geschehen ist, die Partei diskreditiert und der konterrevolutionären Spekulation sozialdemokratischer und leninistischer Demagogen in die Hände gearbeitet wird. Indem der Parteitag von dem gesamten Proletariat ausspricht, daß die revolutionäre Partei solche Tendenzen mit allen Mitteln bekämpft, fordert er die Genossen auf, die diesen prinzipiellen Weg verlassen haben, in die Partei zurückzukehren und mit uns den Kampf gemein zu führen. Der Eintritt in die revolutionäre Partei darf keine Prestigefrage sein, sondern muß aus der Erkenntnis entspringen, der Revolution zu dienen.

Die Beschlüsse des Parteitages sind bindend, wer trotzdem Verbindungen mit Gruppen aufrechterhält, die sich weigern in die Partei zurückzukehren, stellt sich damit außerhalb der Reihen der rev. Partei.

##### Zusatzantrag Sachsen:

In bezug auf die Rückkehr der oppositionellen Genossen erklärt der Parteitag ausdrücklich, daß jeder von ihnen wieder statusgemäß aufgenommen wird, der sich auf den Boden der Disziplin und Taktik der Partei stellt und die Beschlüsse des Parteitages anerkennt. Selbstverständlich müssen diese Genossen die Anwärter, die die proletarische Ehre der Körperschaften angreifen, zurücknehmen.

(Bemerkung der Redaktion: Die vorstehenden Anträge wurden vom Parteitag mit Mehrheit angenommen.)

##### Holland: Feststellung.

Als Vertreter der holländischen Genossen stelle ich fest, daß der Parteitag die holländische Delegation, die den Fall Schwarz in der KA-Z. stellt keine offizielle Stellungnahme der Körperschaft der KAPD, dar.

2. Die Lösung des Falles Schwarz ging „hart am Abrund“ vorbei.

3. Eine Wiederholung solcher Experimente kommt nicht in Frage.

Der Parteitag muß diese Aussage deshalb besonders zur Kenntnis nehmen, weil sie einen wichtigen Schritt zur Klärung der strittigen Fragen darstellt.

##### Holländische Delegation.

(Feststellung des Bären des Parteitages): Der Parteitag nimmt diese Erklärung ohne Widerspruch zur Kenntnis.

#### Ergebnis der Kontrollkommission der Zentral-Ausschußsitzung vom 29. bis 30. Oktober 1927.

1. Frage: Ist die Anregung, das Mandat nicht niederzulegen, von Schwarz selbst ausgegangen oder von GHA? Feststellung: Sie ist ausgegangen von Funktionären der KAPD.

2. Frage: Ist es wahr, daß der GHA, die Frage der Mandatniederlegung zuerst unter sich entschied und vorläufig die Diskussion in der Mitgliedschaft verbot? Feststellung: Nachdem die Körperschaften diese Frage angeschnitten hatten, wäre es ratsamer gewesen, nicht so lange zu zögern, sie vor die Mitgliedschaft zu bringen. Dann wäre vermieden worden, daß die Frage von hinten herum an die Mitgliedschaft herangebracht würde und damit auch eine Ursache der Krise vermieden.

3. Frage: Klärung der Notwendigkeit des Ausscheidens von zwei (oppositionellen) Genossen aus dem Arbeitsausschuß? Feststellung: Die Forderung, Genossen Growe aus dem Arbeitsausschuß zurückzuziehen, war berechtigt, dagegen mußte die Zurückweisung des Genossen Schwalm mit der gegebenen Begründung aufreizend wirken.

4. Frage: Ausschlußanträge Schmidt, Lincke? Feststellung: Es ist vom Genossen Walfisch zugegeben worden, daß auf der betreffenden Mitgliederversammlung die Opposition nicht als geschlossene Einheit aufgetreten ist. Einzelne heftige Ausdrücke von seiten oppositioneller Genossen erschienen uns noch nicht als Grund für die Stellung des Ausschlußantrages.

5. Frage: Zwei Stimmen Mehrheit — Beitragssperre.

Feststellung: Auf dieser Versammlung ist u. E. auf beiden Seiten nicht einwandfrei gehandelt worden. Aber die Ansicht der Opposition, daß mit dem Beschluß dieser Versammlung an sich schon die Entscheidung überhaupt gefallen sei, ist unrichtig. Jedenfalls hätte aber das Abstimmungsverbot sofort in der KA-Z. vorfindlich werden müssen und nicht der Anschein erweckt, daß der Entscheidung der Versammlung nicht stattgegeben werden sollte.

6. Frage: Vorschläge bei den Einleitungsverhandlungen? Feststellung: Das in den bisherigen Punkten Festgestellte zeigt, daß in der Opposition eine gewisse zeitliche Stimmung aufgenommen konnte, berechtigt aber ganz und gar nicht zur Maßnahme einer Beitragssperre zu greifen.

Das Verhalten der Opposition nach den Charlottenburger Einleitungsverhandlungen zeigt, daß sie in ihren Forderungen nicht das zur Einleitung nötige Maß einhalten konnte.

Trotzdem hält die Kontrollkommission weitere Schritte, um zur Einleitung zu kommen, für nötig, nicht ohne Aussicht auf Erfolg.

#### Die Stellungnahme der Opposition zu den Parteitagsbeschlüssen im Falle Schwarz.

Die vorstehenden Beschlüsse zur Frage Schwarz erscheinen im Zusammenhang betrachtet, widerspruchsvoll und sind es auch; ein Muster an Klarheit stellen sie schon deswegen nicht dar, weil sie ein Kompromiß sind. Der unbeteiligte Leser wird vergeblich nach dem Erfolge der Opposition suchen. Dennoch ist ein solcher vorhanden; er wird nach kurzer Schilderung der Situation auf dem Parteitag sichtbar.

Bekanntlich hatte die Opposition ihre Zustimmung auf dem Parteitag beantragt. Was immerhin zu erwarten war, traf ein: eine Parteitagsmehrheit lehnte die Zulassung aus organisatorischen Gründen ab. Die in der h. h. b. der Partei stehende Opposition war daher durch diesen Beschluß in ihrer Position, rein zahlenmäßig betrachtet, erheblich geschwächt. Nach dieser Konstellation der Kräfte auf dem Parteitag war zunächst

#### Große öffentliche Mai-Versammlung

Dienstag, den 1. Mai 1928, vorm. 9<sup>1/2</sup> Uhr, in Haverlands Festhallen, Berlin C, Neue Friedrichstr. 35, Eingang Rochstraße

PROLETARIAT, ERSCHEINT IN MAS EN!

KAPD. AAUD. KAJD.

zu erwarten, daß die Beschlüsse zur Differenzfrage im Sinne des Geschäftsführenden Haupt-Ausschusses erledigt würden. Das ist jedoch nicht geschehen; unter dem Druck der politischen Argumente der Opposition innerhalb der Partei verstanden sich die in die Enge getriebenen Körperschaften zu Zugeständnissen, die von der Parteitagsmehrheit mitgemacht wurden und die in den außer den Thesen des GHA., angenommenen Entschlüssen ihren Ausdruck fanden.

Es soll vorweg gesagt werden: nur unter Berücksichtigung des Kräfteverhältnisses werden die von unserem Standpunkt aus unzulänglichen Beschlüsse verständlich; noch mehr die Tatsache, daß die an Zahl schwache Opposition der Parteitagsmehrheit diese Zugeständnisse zu machen gezwungen ist, zeigt die ideologische Stärke der GHA., die sich nicht als „Unzulänglichkeit“ einen gewissen Wert. Hier wird zugleich der Beweis erbracht, daß politische Fragen eben nicht nur mit organisatorischen Mehrheiten gelöst werden können, wenn das Recht auf der Seite der Minderheit ist.

Die Reihe nach angenommenen Entschlüssen stellen also das Ergebnis eines stundenlangen, erbitterten Ringens der Reichsopposition mit der Parteitagsmehrheit dar; nur so betrachtet, können sie eine gerechte Würdigung erfahren.

Trotzdem muß zu den Beschlüssen einiges gesagt werden. Wir verzichten darauf, noch einmal ausführlich zu den Thesen des GHA. Stellung zu nehmen; das ist bereits in der vorigen Nummer des „Kommunistischen Arbeiter“ geschehen. Es heißt: „Die Mandatsfrage im Falle Schwarz war und ist keine Angelegenheit der Partei“, ein widerspruchsvoller Unsinn ist. Das Gegenteil hiervon wird allein dadurch bewiesen, daß dieser Fall ein stundenlanges Tagesordnungspunkt des Parteitages war, von dem es in der „Entscheidung der Berliner Delegation nicht nur heißt, daß er nur ein Glied in der Kette dieser Politik (mit der „Antsch. Linke“, D. Red.) war“, sondern auch „dieser Versuch der Partei so stark belastete“, daß die Gefahr eines organisatorischen Zusammenbruchs und politischer Verwirrung in greifbarer Nähe gerückt war“.

Also doch ein Fall der Partei und, wie es nach diesen Worten scheint, sogar ein schwerer.

Durch die Annahme der GHA.-Thesen hat der Parteitag den Funktionären Absolution erteilt, die Schwarz erst die Anregung zu seinem Verhalten gaben und ihn in den Stand setzten, die Frage der Nichtniederlegung vor der Partei zu stellen. Daß das so war, beweist die diesbezügliche Feststellung der s. Zl. vom Zentrallausschuß eingesetzten Kontrollkommission, die sich mit den Behauptungen der Opposition deckt. Auch die Opposition hat nie behauptet, daß diese Ermunterung gegenüber Schwarz, sein Mandat beizubehalten, vom GHA. ausgegangen ist; uns erschien es schon genügend belastend, daß sie überhaupt von verantwortlichen Parteifunktionären ausging. Trotzdem sehen wir es als einen Fortschritt an, wenn der Referent des GHA. in seinem Referat: „Aufgaben der Partei“ (KAZ. Nr. 31) die Frage aufwirft, ob denn die Kontrollkommission mit Funktionären der KAP. den GHA. gemeint habe, und sie dann im selben Moment verneinte. In der Feststellung, daß die Anregung nicht vom GHA. ausgegangen ist, erblicken wir das Bekenntnis des ehemaligen GHA., daß eine solche Handlungsweise mit der Stellung eines KAP.-Funktionärs nicht in Einklang zu bringen ist. Trotz der von Parteitag erteilten Absolution nehmen wir übrigens gern an, daß es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entscheidung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandnis. Hier wird unzufällig aus Pressberichten der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der E. L. zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentarischen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obwohl es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

malen noch nicht voll begriffen hatte, daß ihre Aufgabe sein mußte, den Arbeitern der E. L. die Überwindung des Leninismus und den Weg zur KAP. zu erleichtern.

Ogleich allerdings in dieser Frage die Meinung der Opposition keine absolute einheitliche sein dürfte, kann wohl gesagt werden, daß die Partei auch in der Zukunft unter gewissen Umständen auf konstruktive Angliederung irgendwelcher Proletariergruppen nicht verzichten kann, wenn sie nicht überhaupt auf die Erweiterung ihres organisatorischen Rahmens verzichten will. Bedingung allerdings ist, daß die Partei die mit der Politik gegenüber der E. L. verbundenen Erfahrungen im revolutionären Sinne verwendet und stets einklenkt ihrer Hauptaufgabe ist, die darin besteht, solche Teile von Arbeitern mit dem Geist der KAP. zu erfüllen, ohne dabei Konzessionen an sie oder die noch mit ihnen verbundenen Führer zu machen. Weil die Partei also in einem besonderen Falle (Fall Schwarz) zu schwach war, wird hier der Versuch gemacht, eine ganze Politik (mit der E. L.) für die Zukunft abzulehnen. Das erscheint uns nicht nur falsch, sondern auch gefährlich, weil es die Partei in eine irrige Isolationsansicht zurückwirft, die eigentlich überwunden sein müßte; weil es eine philisterhafte Ansicht von Tellen in der Partei bestärkt, die in stoischer Ruhe abwarten wollen, bis die Arbeiter von allein kommen. Wer der Partei diese Aufgabe zuweist, bringt sie in die gefährliche Nähe eines nur bannhochhaltenden Diskutierkubus, der aus Angst abstrakten, dem Kampfe um die Erringung anderer Proletarier schmächtig ausweicht. Eine solche Aufgabe kann und darf die Partei nicht haben; sie muß vielmehr im praktischen Kampf bei unabdingter Einhaltung ihres Programms über ihren jetzigen organisatorischen Rahmen hinauswachsen, dann wird sie in Wirklichkeit der Kampfkraft für die proletarische Revolution sein.

Einer der wesentlichsten Erfolge der Opposition auf dem Parteitag zugleich der Ausdruck ihrer ideologischen Stärke, ist die ohne Widerspruch entzogene Feststellung der holländischen Delegation, sie ging zu Protokoll des Parteitages und müßte folgerichtig in der Parteipresse erscheinen. Bis jetzt ist das nicht der Fall; wir nehmen aber an, daß sich die holländische Bruderorganisation dafür einsetzen wird, so wie das die Opposition nach ihrer Rückkehr in die Partei tun wird.

Nach dieser Feststellung hat der Vertreter des GHA., erklärt, die theoretische Rechtfertigung der Lösung des Falles Schwarz stelle keine offizielle Stellungnahme der Körperschaften dar. Nach diesem nachträglichen Rückzug stand zunächst die Frage offen, wer für diese „theoretische“ Rechtfertigung verantwortlich zu machen sei. Zweifellos dann die Redaktion, die nachdem der GHA. deprimiert brisik abgerückt ist, ihre Konsequenzen ziehen müßte. Indessen wird das nicht ganz ohne Nachhilfe der Gesamtpartei möglich sein.

Nach der Feststellung der Holländer erklärte der ehemalige GHA.-Vertreter weiter, daß die Lösung des Falles Schwarz „am Abrund“ vorbeigegangen sei, eine Wiederholung solcher Experimente nicht in Frage kommt. Diese Worte widersprechen nicht nur der These, „daß der Fall Schwarz keine Angelegenheit der Partei war und ist“, sie zeichnen noch mehr; deutlicher und entschiedener kann niemand von seiten der Politik abtreten, die sich nach eigener Schilderung als ein gefährliches Experiment, also als schlechte Politik, erwies.

Dieses Eingeständnis, welches zugleich die Richtigkeit unserer Auffassung bestätigt, gibt der Opposition die Möglichkeit, in die Reihen der Partei zurückzukehren. Das Wort von der „Wiederholung“ unterstreicht durch das Drucken von „Bibeln“ aber — sie ist abgelehnt das Erstarren der Kirchenidee in der Partei.

Die Opposition, die nur die Opposition der KAP. war und sein wollte, hat ihr Ziel erreicht: Sie hat durch ihre Konsequenz die Partei auf eine falsche Politik aufmerksam gemacht, sie hat die breiteste Diskussion erreicht und politisch Recht behalten. Der Parteitag ist von der falschen Politik abgerückt. Unsere Aufgabe ist erfüllt.

Die Aufrechterhaltung einer eigenen Organisation neben der Partei erweist sich damit als überflüssig; sie würde sogar in der Zukunft für die Verbreitung des KAP.-Gedankens hemmend sein. Die Opposition kehrt daher unter notwendiger Kritik und Würdigung der Beschlüsse in die Partei zurück, wobei sie ausspricht, daß sie von ihrer politischen Auffassung nichts von ihrer Kritik einzelner Mißstände innerhalb der Partei nur das zurücknehmen kann, was für sie falsch und unberechtigt nachgewiesen wird. Maßregelungen einzelner Genossen wird die Opposition entsprechend der Entscheidung des Parteitages hinnehmen; sie ist sicher in dieser Auffassung mit der Mehrheit der Partei in Übereinstimmung zu sein. Etwas Reibungen, die auf Grund der gewesenen Differenzen entstehen können, wird die Opposition durch politische Arbeit im Sinne der Partei ausgleichen versuchen, wobei sie ihren Blick gemeinsam mit der Gesamtpartei in die Zukunft richten wird.

Das Ziel muß sein, bei aller Beweglichkeit und einem Höchstmaß von Aktivität das Programm der Partei hochzuhalten. Die Partei ist kein chemisches „Laboratorium“, in welchem gefährliche Experimente angestellt werden; sie ist und muß sein die Partei der revolutionären Marxisten-Kommunisten, die in prinzipiellen Fragen keine Zweckmäßigkeit, sondern unbewegliche Härte kennt.

In diesem Sinne betrachtet die Opposition die gewesenen Differenzen als eine unliebsame Episode, als einen revidierten Fehler, dessen sich die Partei nicht zu schämen braucht. Es gilt, durch verstärkte Arbeit den Gedanken der Partei der Revolution voranzutragen. Bei der Zusammenfassung aller gleichgerichteten Kräfte wird und muß das gelingen. Die Opposition wird ihrerseits mit allen Kräften dazu beitragen.

Die Einheit der revolutionären Partei und Union ist wieder hergestellt. Der Parteitag hat gezeigt, daß die KAP. noch eine Arbeiterpartei ist, der alle Kräfte der richtigen war. Die Opposition hat ihre Aufgabe erfüllt und kehrt in die Partei und Union zurück. „Kommunistischer Arbeiter“ und „Klassenfront“ stellen hiermit ihr Erscheinen ein.

Große Aufgaben, schwere Kämpfe stehen vor der wiedervereinigten Partei und Union.

Die Hauptaufgabe fällt hierbei der revolutionären Presse und ihrer Verbreitung zu. Die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ als Organ der KAPD, und der „Kampfruf“ als das der AAU, führen den antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Kampf mit aller Schärfe. Als Arbeiterzeitung, die von Arbeitern für Arbeiter geschrieben werden, die sich nicht durch die Inserate der Kapitalisten bestechen lassen, reißten sie rücksichtslos dem Kapital und seinen Zuhältern die Larve vom Gesicht, zeigen den einzigen Weg zur Revolution.

Jeder Klassenbewußte, ehrliche, revolutionäre Arbeiter und Arbeiterin, der für „KAZ“ und „Kampfruf“ sein. Die Revolution braucht viele Kräfte. Darum heißt mit, große Ziele zu erreichen, reißt euch ein in die Klassenfront der Allgemeinen Arbeiter-Union, stärkt die Vorhut der Revolution, die Kommunistische Arbeiter-Partei!

Herausgeber und für den gesamten Inhalt verantwortlich: Hermann Beyer, Berlin N. 39.

Druck: C. Janiszewski, Berlin SO. 36.

A2